

Die Energiewende in Deutschland und die Partizipation der Bürger

Einleitung

Die Energiewende in Deutschland bedeutet große Veränderungen und Umwälzungsprozesse. Hiervon ist manches deutlich sichtbar wie große Offshore-Windparks, doch der Großteil dieses soziotechnischen Umbauprozesses läuft im Kleinen ab, ob es Solaranlagen oder andere Erneuerbare Energien in den Kommunen sind, Wärme- und Stromnetze oder auch Stromspeicher, Elektromobilität und Energieeffizienzmaßnahmen.

Um eine „soziale Verträglichkeit“ – sprich Akzeptanz der Technologien – bei der Bevölkerung zu erreichen, setzen die Regierungen in Deutschland (so z.B. explizit im Koalitionsvertrag der Großen Koalition, ebenso in diversen Regelungen auf Landesebene betont) auf die Beteiligung der Bevölkerung.

Beteiligung ist, nicht nur im Kontext der Energiewende, zu einem gesellschaftlichen Schlagwort geworden und soll als Problemlösungsschlüssel für diverse (wenn nicht gar alle) gesellschaftliche Konflikte und ungleiche Verteilungseffekte dienen. Die Erwartungshaltungen an die Lösungskraft und Effizienz sind entsprechend hoch.

Partizipation kann bei der Einführung und Verbreitung neuer Technologien im doppelten Sinne Beteiligung an Entscheidungsprozessen und monetär Beteiligung an Energieanlagen ein sinnvolles und lohnenswertes Instrument sein welcher in vielen Regionen und Orten Deutschland bereits genutzt wird.

Beteiligung muss nicht zwangsläufig positive Effekte erzeugen (z.B. Akzeptanz schaffen und bessere, d.h. von der Mehrheit getragene, Entscheidungen und Prozesse befördern), es kann zu nicht intendierten Folgen und Paradoxien kommen. Es kommt weniger auf das „ob“ (von Beteiligung) als vielmehr das „wie“ im Sinne von gehaltvollen, fairen, transparenten und weitreichend inkludierenden Verfahren an. Im Folgenden soll ein Überblick über die verschiedenen Formen von Partizipation sowie deren Effekte wie Vor- und Nachteile im Bereich Erneuerbarer Energien gegeben werden.

1. Partizipation an der Energiewende: Eine große Bandbreite an Möglichkeiten

Partizipation im Rahmen der Energiewende ist ein vielfältiges Thema, das viele gesellschaftliche Themen, Bereiche, Akteure und Verfahren berührt. Oftmals wird nicht differenziert, was Beteiligung in diesem Kontext bedeutet, welche Formen sie annehmen kann – und was sie von anderem unterscheidet.

Auf einer ersten Ebene kann man zwei wesentliche Beteiligungsmechanismen unterscheiden:

Politische Partizipation

Von wesentlicher Bedeutung ist hier formelle und informelle Beteiligung im Rahmen von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Innerhalb dieser staatlichen Verfahren, welche z.B. dem Bau von Energieanlagen vorgeschaltet sind bzw. synchron ablaufen, werden Bürgerinnen und Bürger beteiligt im Rahmen der sog. Öffentlichkeitsbeteiligung (so vorgeschrieben im Baugesetzbuch).

Möglichkeiten: Individuelle Eingaben (wie Kritik, Anregungen usw.) können schriftlich oder auch mündlich bei einberufenen Bürgerversammlungen und Veranstaltungen von jedermann erfolgen. Während die Auslage von Dokumenten und Bekanntmachung sowie Stellungnahmen der Verwaltung vorgeschrieben sind und somit eine formelle Beteiligung darstellen, sind darüber hinaus gehende Beteiligungsmöglichkeiten wie Diskussionsrunden, Runde Tische usw. weniger formell. Ideen für Beteiligung und Austausch sind in diesem Feld sehr vielfältig: Standortbegehungen, Visualisierungshilfen/Modelle von geplanten Energieanlagen, Runde Tische, Citizen Jurys, Planungszellen, Themen- und Arbeitsgruppen, Foren, Befragungen und thematische Abstimmungen der Bevölkerung, Mediationsverfahren usw. Durch den Einbezug zivilgesellschaftlicher Akteure und nicht ausschließlich themenspezifischer (offener) Verfahrensformate sind politische und soziale Partizipation oft miteinander verknüpft.

Beispiele im Rahmen der Energiewende: Öffentlichkeitsbeteiligung findet regelmäßig bei der Planung und Genehmigung von Energieanlagen (z.B. Windenergieanlagen, geothermische Kraftwerke, Freiflächen-Solaranlagen) sowie beim (Strom)Netzausbau statt. Bei der Planung von Windenergieanlagen hat sich eine erweiterte Beteiligung mit Informations- und Diskussionsveranstaltungen in vielen Kommunen und Regionen Deutschlands erfolgreich durchgesetzt.

Beim Netzausbau wird von der Bundesnetzagentur ein dreistufiger Beteiligungsprozess verfolgt. Dieser beinhaltet erstens eine frühzeitige Beteiligung bei der noch sehr groben Szenarioentwicklung. Zweitens wird bei der

Bundesfachplanung mit den Netzbetreibern über die konkreten Korridore verhandelt. Drittens findet bei den Planfeststellungsverfahren über exakte Verläufe eine Beteiligung der Bevölkerung statt. Die Bundesnetzagentur nutzt hierbei die virtuelle Beteiligung via Internet (Portal). Vor Ort ist zudem ein zwingender Erörterungstermin vorgeschrieben. Es bleibt abzuwarten, in welchem Maße Bürger von diesen Möglichkeiten Gebrauch machen, ob die virtuelle Beteiligung höhere Rückmeldungen und Zufriedenheit erzeugt und ob schließlich innovative Lösungen durch den Beteiligungsprozess gefunden werden können.

Problematik: Das Gros der Bürgerinnen und Bürger beteiligt sich nicht, knappe Stellungnahmen der Verwaltung sorgen häufig für Unmut. Tatsächliche Entscheidungsbeteiligung („ob“) ist in den meisten Fällen nicht gegeben. Dieser Umstand ist auch abhängig vom Zeitpunkt der Beteiligung. Eine Beteiligung im Falle von bereits feststehenden Entscheidungen ohne Handlungsspielräume macht wenig Sinn. Allerdings werden zu „frühen“ Zeitpunkten häufig viele Bürgerinnen und Bürger nicht erreicht, worunter Repräsentativität und Legitimation leiden. Mit zusätzlichen Beteiligungsangeboten ist im Regelfall ein hoher Aufwand verbunden, auch muss eine ausreichende Qualität der Prozesse sicher gestellt werden. Hierbei spielen Prinzipien wie Offenheit und Transparenz, Inklusion und Integration möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger, ernsthafte Berücksichtigung von Anliegen und umfassende Möglichkeiten der Stimmen-Einbringung sowie ausreichend Zeit für Konfliktlösungen, Erprobung alternativer Verfahren und neuer Ansätze eine große Rolle. Dies stellt wiederum hohe Anforderungen an Beteiligende und Beteiligte.

Soziale Partizipation

Diese zweite Säule speist sich vornehmlich aus bürgerschaftlichem Engagement im Sinne von Eigeninitiative zivilgesellschaftlicher Akteure. Hierzu zählen alle Aktivitäten, die Bürger freiwillig unternehmen (z.B. Verein, Aktion usw.).

Durch das gemeinschaftliche Handeln von Bürgerinnen und Bürgern sowie anderen Akteuren im Rahmen der Energiewende ist eine weitere Beteiligung möglich: indem die Bevölkerung den Ausbau Erneuerbarer Energien durch Vergemeinschaftungen schlicht selbst in die Hand nimmt. Dieses Phänomen der Bürgerenergie beschreibt sämtliche Formen der gemeinschaftlichen Betreuung Erneuerbarer Energieträger (bzw. Beteiligung an der Betreuung). Dies können Energiegenossenschaften sein, aber auch andere Gesellschaftsformen (bei Bürgerwindparks oft GmbH & Co KGs). Bürger übernehmen hier oftmals ehrenamtlich die Ausgestaltung, Leitung und Organisation der Gesellschaft. Teilweise speisen sich die Projekte aus Bürgerinitiativen, Agenda-Gruppen, Vereinen usw. In erster Linie wird eine finanzielle

Beteiligung geboten, doch durch die Mitgliedschaft entstehen auch Möglichkeiten der organisationalen Partizipation (Stimmrechte, Mitarbeit). Allerdings existieren auch Formen der „stillen Teilhaberschaft“, z.B. in Form von Genussrechten oder Darlehen.

Beispiele im Rahmen der Energiewende: Inzwischen betreiben Bürgerenergie-Unternehmen neben Energieanlagen (Solar, Wind, Wasser, Biomasse) auch Strom- und Wärmenetze. In Deutschland sind beispielsweise in über 650 Energiegenossenschaften über 130.000 Personen beteiligt, die über 400 Mio. Euro angelegt haben¹.

Problematik: In die Bürgerenergie-Projekte wird nur ein Bruchteil der lokal betroffenen Bevölkerung einbezogen. Wie andere Organisationen auch sind Handlungen und Motivationen zudem stark im Sinne von Eigennutz durch eigene Interessen geleitet. Da die Bürgerunternehmen in der Regel über Leitungsorgane verfügen, wird die einzelne Stimme wieder an einen Repräsentanten delegiert. Die Rolle im Austauschprozess mit dem lokalen Umfeld kann außerdem stark schwanken: Meist kleine, gemeinschaftlich-partizipativ organisierte Bürgerenergie-Unternehmen können eine sehr positive Rolle in lokalen Aushandlungsprozessen und diskursiven Verfahren spielen. Andere Projekte können hingegen sehr geschlossen organisiert sein und beteiligen sich nicht am gesellschaftlichen Diskurs. Gleiches gilt für interne Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten durch die Mitglieder (Einbindung und Zusammenarbeit).

Weitere Partizipationsformen

Direktdemokratische dezisive Partizipation: etwa in Form von Bürgerentscheiden, wie unlängst die Abstimmungen über Eigentümerschaft von Stromnetzen in Berlin und Hamburg. Wichtig ist hierbei immer die Wahlbeteiligung (Repräsentativität und Legitimationsaspekt)

Indirekte konsultative Partizipation: Themenspezifische Beteiligungsmöglichkeit ohne bindenden Charakter, der Einbezug steht hier im Mittelpunkt. Beispiele sind Klimaschutzprogramme von Kommunen und Landkreisen (100% Erneuerbare-Energien-Regionen und Bioenergiedörfer), Agenda-Gruppen und Aktivkreise, Vereine und Verbände. Durch Aktivität in solchen Foren und Vereinigungen kann indirekter Einfluss auf Entscheidungsprozesse und übergreifende Strategien (Leitbilder) ausgeübt werden.

¹ Quelle: Deutscher Genossenschafts- und Raiffeisenverband e.V., 2013: Energiegenossenschaften. Ergebnisse der Umfrage des DGRV und seiner Mitgliedsverbände. Frühjahr 2013. Online abrufbar unter:
[http://www.dgrv.de/webde.nsf/7d5e59ec98e72442c1256e5200432395/dd9db514b5bce595c1257bb200263bbb/\\$FILE/Umfrageergebnisse%20Energiegenossenschaften.pdf](http://www.dgrv.de/webde.nsf/7d5e59ec98e72442c1256e5200432395/dd9db514b5bce595c1257bb200263bbb/$FILE/Umfrageergebnisse%20Energiegenossenschaften.pdf)

Spontane nicht-verfasste und organisiert-verfasste Partizipation: sowohl individuell (persönliches Schreiben) als auch kollektiv (Protestveranstaltung, Happening) ohne den Kontext einer Organisation oder eines Verfahrens. In dem Zusammenhang entstand der Begriff des Wutbürgers, von Bedeutung sind Widerstand und Protest-Initiativen gegen Windenergienutzung und Netzausbau. Es existieren zahlreiche organisierte Bürgerinitiativen (verfasste Beteiligungsform) in diesem Bereich, die Bürgerinitiativen gegenüberstehen, welche sich für den Einsatz Erneuerbarer Energien einsetzen.

Virtuelle Partizipation: Durch das Internet und Soziale Netzwerke können Online-Diskussionen, Themenportale, Chats und Abstimmungen genutzt werden. Energiethemen schlagen sich hier vielfältig nieder. Bei der erwähnten Stromtrassen-Beteiligung sind Eingaben von Bürger auch elektronisch möglich geworden.

2. Erkenntnisse zu bürgerschaftlichem Engagement durch Bürgerenergie-Projekte

An dieser Stelle soll die zuletzt angesprochene Frage aufgegriffen werden, wie Bürgerenergie-Unternehmen unter partizipativen Gesichtspunkten zu bewerten sind. Ein Hauptvorwurf und eine Grundproblematik bei diesem Beteiligungsmodus, der auf bürgerschaftliches Engagement setzt, besteht darin, dass Bürgerenergie-Initiativen bei Weitem nicht die ganze Bevölkerung einbeziehen („Klientelprojekt“) und vor allem aus Rendite-Gesichtspunkten von vermögenden und damit zumeist bürgerlichen und Oberschichten angestoßen werden. Damit würde diese Beteiligungsform unter einem lange bekannten Problem von mangelnder Bevölkerungsrepräsentativität leiden.

Um nähere Einblicke in die Sozialstruktur und das Innenleben dieser Bürgerenergie-Gesellschaft zu erhalten hat der Autor im Jahre 2012 eine repräsentative Umfrage unter 80 teilnehmenden Energieprojekten in Deutschland (2826 Antworten) durchgeführt. Die wesentlichen Erkenntnisse sollen hier kurz stichpunktartig dargestellt werden:

Sozialstruktur

Die Mitglieder...

...haben mehrheitlich einen Hochschulabschluss (51 Prozent).

...sind überwiegend älter (10 Prozent ist unter 35 Jahre alt, 47 Prozent sind zwischen 35 und 55 Jahre alt, die über 55Jährigen machen 42 Prozent aus).

...verfügen über ein hohes Brutto-Einkommen (72 Prozent über 2.500 Euro im Monat,

nur 9,5 Prozent unter 1.500 Euro, lediglich 1,7 Prozent über kein eigenes Einkommen).

...weisen ein sehr ausgeprägtes Maß an gesellschaftspolitischem Engagement auf (80 Prozent sind Mitglied in einem Verein, Partei usw., 55 Prozent sogar als aktives Mitglied).

Diesen Daten bestätigen die Vermutung, dass vor allem Akademiker mit höherem Einkommen partizipieren – die Gesamtgesellschaft wird nicht abgebildet, sozial schlechter gestellte Schichten stellen eine Minderheit dar. Zudem handelt es sich häufig um bereits engagierte Personen, Bürgerenergie bindet offensichtlich kaum neues soziales Kapital.

Das Energieprojekt im Bewusstsein der Mitglieder

Die Mitglieder ...

...leben überwiegend nicht in der Nähe der Energieanlagen, an denen sie beteiligt sind (nur 25 Prozent in max. fünf Kilometer Entfernung, 12 Prozent sehen die Anlagen täglich, 38 Prozent haben sie noch nie gesehen).

...kennen die Standorte der Energieanlagen oftmals (36 Prozent der Beteiligten explizit, 41 Prozent sind die Initiatoren persönlich bekannt).

...haben in der Hälfte der Fälle bereits Erfahrungen mit Bürgerenergie-Projekten (50 Prozent) und können sich überwiegend nicht vorstellen, sich an einem ihnen nicht näher bekannten Energieprojekt zu beteiligen (51 Prozent).

...fühlen sich fast alle gut informiert über das Energieprojekt (95 Prozent), der Hauptkritikpunkt besteht aber in der mangelnden Informationspolitik durch die Leitung der Bürgerunternehmen.

...sprechen sich für eine frühzeitige Beteiligung schon bei der Planung aus (65 Prozent) und betonen die regionale Wertschöpfung (66 Prozent).

Bürgerenergie stellt mehr Nähe in Form einer Auseinandersetzung zu Erneuerbaren Energien her und schafft ein hohes Niveau an Informiertheit. Zwar wohnen viele Beteiligte nicht in der Nähe der Energieanlagen, dennoch kennen sie die Anlagen. Zudem schafft Bürgerenergie oftmals Bürgerenergie, anonyme Beteiligung wird eher abgelehnt.

Finanzielle Beteiligung

Die Mitglieder ...

...investieren größtenteils Summen ab 3.000 Euro (52 Prozent), bis 1.000 Euro haben 26 Prozent angelegt (v.a. Beteiligte in Genossenschaften).

...sind vor allem durch den ökologischen Aspekt und die „Energie in Bürgerhand“-Idee motiviert (80 bzw. 90 Prozent). Ein renditeorientiertes Motiv geben 55 Prozent an.

Die meisten Beteiligten sind mit hohen Summen beteiligt – diese Erkenntnis deckt sich mit der Sozialstruktur von einkommensstarken Bevölkerungsgruppen. Der Rendite-Aspekt kann nur als ein Motivationsgrund angesehen werden, welcher vermutlich nicht der ausschlaggebende ist gegenüber ökologischen und energieautarken Motiven.

Beteiligung in der Gesellschaft

Die Mitglieder ...

...sind bei Sitzungen und Mitgliederversammlungen zu 24 Prozent immer anwesend, 22 Prozent oft, 24 Prozent nehmen nie teil.

...äußern sich oft auf den Sitzungen (50 Prozent immer, oft oder manchmal), nur 11 Prozent niemals.

...halten folgende Themen für wichtig: Organisation der Gesellschaft (11 Prozent), Stimmrechte (8 Prozent), Standorte und Typen von Energieanlagen (8 Prozent), nur 3,5 Prozent betonen politische Einflussnahme des Bürgerunternehmens.

...wünschen sich nicht mehr Diskussionsforen (14 Prozent, 30 Prozent sind sich unsicher), auch nicht mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten (10 Prozent, 60 Prozent sind sich unsicher).

...erinnern sich überwiegend an keine Aufrufe zur Mitwirkung (55 Prozent), mehrere Aufforderungen benennen 32 Prozent, Aufrufe nur zu Beginn des Projektes sind 10 Prozent bekannt.

...haben größtenteils noch nie eine eigene Idee eingebracht (75 Prozent), etwa 20 Prozent haben bereits mehrfach oder ein Mal eine eigene Idee formuliert.

...kennen nur selten Konflikte, die zum Teil nicht gelöst wurden (14 Prozent). In 4 Prozent der Fälle wurden Gegenmeinungen und Kritik zurückgewiesen.

Das Maß an Beteiligung und Mitwirkung ist in Bürgerenergie-Gesellschaften nicht außerordentlich hoch. Dennoch scheint es zu Diskussion und Austausch in den Energieprojekten zu kommen, was der Mehrheit der Beteiligten auch ausreicht. Auffallend viele Personen sind sich aber unsicher, offensichtlich wäre es für viele im additiven Sinne vorstellbar. Eine Quote von 20 Prozent, die bereits eine Anregung eingebracht haben darf als nicht gering angesehen werden (im Verhältnis zu anderen innerorganisationalen Beteiligungsprozessen). Die Konfliktlösungsfähigkeit und der Umgang mit Kritik darf als überwiegend positiv eingeschätzt werden.

Demokratie in der Gesellschaft und Wir-Gefühl

Die Mitglieder ...

...halten ihre Gesellschaft zu 70 Prozent für demokratisch (3,5 Prozent sagen nicht demokratisch).

...benennen als Gründe dafür Stimmrechte (54 Prozent), Prinzip des gleichen Stimmrechts für alle im Falle von Genossenschaften (46 Prozent), die Möglichkeit kleiner finanzieller Beteiligungen (42 Prozent) und gemeinschaftliche Abstimmungen (37 Prozent).

...definieren eine Bürgerenergie-Gesellschaft durch ihren Beitrag für die Energiewende (75 Prozent) und für eine lokal-dezentrale Energieversorgung (70 Prozent), die Ermöglichung kleiner finanzieller Anteile (60 Prozent), die Idee der finanziellen Bürgerbeteiligung (55 Prozent) und eine aktive Rolle der eigenen Gesellschaft in der Energiepolitik (55 Prozent). 30 Prozent benennen die Sicherheit der Geldanlage, 23 Prozent den Aspekt der aktiven Einbringung von Mitgliedern.

...haben überwiegend das Gefühl, dass Zusammengehörigkeit im Projekt entstanden ist (60 Prozent), 15 Prozent sehen das nicht so.

...identifizieren sich überwiegend mit dem Projekt (80 Prozent), Zweifel (5 Prozent) sind ebenso selten wie eine ablehnende Haltung (0,3 Prozent).

Obwohl Bürgerenergie-Gesellschaften im strengen Sinne Unternehmen sind und damit nicht unbedingt zu demokratischen Institutionen zählen, kann sich eine große Mehrheit dieses Attribut aber gut vorstellen. Gemeinschaftliche Abstimmungen sind hierbei der wesentliche Aspekt, welcher den demokratischen Grundgedanken darstellt. Die Mitglieder denken bei dem Nutzen ihrer Gesellschaft deutlich mehr kollektiv (Beitrag für die Energiewende) als individuell (eigener Mitglieder-Beitrag); die Energiewende hat zudem in der kollektiven Vorstellung einen festen Platz als gesamtgesellschaftliches Projekt (mit dem sich die Mitglieder identifizieren) eingenommen. In außerordentlich hohem Maße haben die Projekte ein Zusammengehörigkeitsgefühl und persönliche Identifikation erreicht, was die Vorstellung einer stillen, unbeteiligten Mitgliedschaft in der Summe klar widerlegt.

Einstellungsänderung und Akzeptanz

Die Mitglieder ...

...glauben seit der Beteiligung verstärkt an eine dezentral organisierte Versorgung durch Erneuerbare Energien (41 Prozent), sprechen sich mehr für gemeinschaftliche Projekte aus (41 Prozent), fordern mehr Bürgerbeteiligung (36 Prozent) und haben eine positivere Einstellung gegenüber Erneuerbaren Energien gewonnen (30 Prozent). Weiterhin werden eine erhöhte Akzeptanz von Beeinträchtigungen durch

die Energieanlagen (28 Prozent), Achtsamkeit hinsichtlich des eigenen Energieverbrauchs (21 Prozent) und Ablehnung großer Kraftwerke (17 Prozent) benannt. 38 Prozent gaben keine Einstellungsänderung an, 1 Prozent sieht Erneuerbare Energien kritischer.

...schätzen die Akzeptanz der eigenen Energieanlagen überwiegend als positiv ein (53 Prozent) oder als neutral oder leicht positiv/negativ (45 Prozent), fast gar nicht als negativ (1 Prozent).

...vermuten, dass die Akzeptanz in den vergangenen Jahren angestiegen ist (80 Prozent).

Bürgerenergie erzeugt den Glauben an Bürgerenergie – aber insbesondere haben die Mitglieder einen Zugang für gemeinschaftliche Unternehmungen über das Energiefeld hinaus gefunden. Damit erhöht Bürgerenergie offensichtlich den Glauben an und das Vertrauen in lokale Gemeinschaft sowie den Einsatz Erneuerbarer Energien vor Ort. Interessanterweise sind die Beteiligten aber weniger zu Gegnern konventioneller Energieerzeugung geworden, auch sehen sie keinen Automatismus in der Akzeptanz von Beeinträchtigungen durch Erneuerbare Energien. Die Werte hinsichtlich fehlender Einstellungsänderung und des eigenen Energieverbrauchs sind auch dadurch zu erklären, dass die Beteiligten schon vor Beitritt in das Energieprojekt eine ökologische Haltung hatten. Die Angaben zur Akzeptanz überraschen nicht – doch eine höhere vermutete Akzeptanz der eigenen Anlagen wäre denkbar gewesen, offensichtlich berücksichtigen die Mitglieder auch in hohem Maße andere Sichtweisen der Energieanlagen durch die lokale Bevölkerung.

Lob und Kritik

Die Mitglieder ...

...loben ihre Projekte vor allem für das lokale Energieengagement (17 Prozent der Lob-Angaben), die dezentrale Ausrichtung (16 Prozent), das Engagement (11 Prozent) und die Informationspolitik (10 Prozent) der Leitung.

...kritisieren Intransparenz und zu wenig Informationen (41 Prozent der Kritik-Angaben), zudem die Auswahlverfahren der Teilnehmenden am Projekt (11 Prozent).

Das strittige Thema scheint innerhalb der Bürgerenergie-Projekte die Transparenz und Informationspolitik zu sein. Innerhalb der Kritik-Angaben bemängeln viele Mitglieder diesen Punkt. Insgesamt aber trifft dies auf das Gros der Projekte nicht zu (vgl. 95-Prozent-Wert bei Informiertheitsgrad weiter oben), zumal dieser Aspekt auch explizit von einigen Mitgliedern gelobt wird. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die Aufnahme in die Gesellschaft: in einigen Fällen kann nicht jeder Interessiertes Mitglied werden, was auf unterschiedliche Ursachen zurückgeführt werden kann (z.B.

Überzeichnung, Mitglieder-Beschränkung auf eine Kommune, hoher Mindestbeitrag). Schließlich ist auf einige erhebliche Unterschiede zwischen Bürgerenergie-Projekten hinzuweisen (welcher hier nicht näher dargestellt wurden): kleine Energiegenossenschaften können erheblich partizipativer und offener gestaltet sein als größere Projekte, in denen die beteiligten Bürger eher „stille“ Teilhaber sind. Doch auch hier gilt: dies ist nicht verallgemeinerbar, auch der umgekehrte Fall ist denkbar (und so auch in der Praxis anzutreffen). Die Ergebnisse bestätigen jedoch die allgemeine Tendenz, klein & lokal = partizipativ & offen.

Zusammenfassend können Bürgerenergie-Unternehmen damit als partizipativ-integrierende Akteure der Zivilgesellschaft im lokalen Raum angesehen werden, welche der lokalen Bevölkerung mehr Informationen, Austausch und Mitwirkung von Einzelnen bieten können. Allerdings können solche zivilgesellschaftlichen Aktivitäten nicht die Funktion und Wirkungsweise von formellen Beteiligungsverfahren ersetzen (insbesondere aufgrund von Legitimationsdefiziten und mangelnder Garantie bestimmter Standards), sondern höchstens im positiven Sinne ergänzen.

3. Ein Blick in die Zukunft

Beteiligung im Rahmen der Energiewende verknüpft verschiedenste Partizipationsformen miteinander, weshalb definitorische Grenzen verschwimmen können. Aufgrund der Politisierung der Thematik ist es zusätzlich schwierig, den Begriff politische Partizipation en detail abzugrenzen. Es ist hierbei erklärtes politisches Ziel und vermutlich auch impliziter gesellschaftlicher Anspruch, integrativ verschiedenste Beteiligungsmöglichkeiten zusammenzuführen, womit die Energiewende selbst ein zeitgemäßes Beispiel für Partizipation darstellt.

Der Haupteffekt besteht in erster Linie in einer näheren Auseinandersetzung der Bevölkerung mit Energieträgern und deren Einsatz. Damit trägt Beteiligung vor allem zur Information der Bürger bei, befördert Wissenserwerb und erzeugt Lernprozesse bei allen beteiligten Personen und Akteuren. Partizipation braucht zudem Zeit, bedeutet einen Mehraufwand und kann soziale Konflikte und Diskurse erzeugen oder verschärfen, die vielleicht erst durch Beteiligungsverfahren und –prozesse entstehen.

Die Energiewende ist in dieser Hinsicht ein zweiseitiges Schwert: einerseits bietet sie vielfältige Möglichkeiten der Beteiligung und der Einbindung der Bevölkerung bei der Entscheidung über den Einsatz neuer Energietechnologien. Andererseits aber stehen einer erfolgreichen, sinn- und gehaltvollen sowie langfristig angelegten und akzeptierten Partizipation die angestrebte Geschwindigkeit des Auf-

und Ausbaus Erneuerbarer Energien (welche von Regierungen und Unternehmen vorgegeben wird) sowie die Intensität des Technikeinsatzes (bspw. sichtbar beim geplanten massiven Ausbau der Onshore-Windkraft mit der Folge einer starken Anlagenkonzentration) entgegen. Hinzu kommen ressourcenschwache und überforderte Kommunen und öffentliche Verwaltungen, Kürzungen der EEG-Vergütungen (was nicht nur vermögende Landwirte, sondern auch lokale Bürgerenergie-Projekte trifft), sowie in Teilen konterkariierende energiepolitische Strategien (Förderung von Kohlekraft und Offshore-Windparks, fehlende oder nicht ausreichende Ansätze zur Förderung des lokalen Raums).

Wenn Partizipation nur eine inhaltsleere Formel darstellt, welche darüber hinaus nicht mit konkret-programmatischen Inhalten aufgeladen und zu einem konsequenten Fördermechanismus lokaler Bemühungen wird, könnten erhoffte Austausch- und Beteiligungsprozesse entweder ganz ausbleiben oder als oberflächliche Inszenierung ohne nachhaltige Wirkung ablaufen – und sich damit als (Ent)täuschungsinstrument entpuppen. Dies erzeugt mehr „Wutbürger“ als „Mutbürger“ und erzeugt resignative sowie populistische Kräfte.

In einer positiven Vision könnte eine neue Beteiligungskultur entstehen, die weit über das Thema Energie hinaus zum Grundbestandteil der gesellschaftlichen und politischen Lebenswelten wird. Die Potentiale von einer gelungenen Partizipation im Rahmen der Energiewende sind immens – wovon alle Akteure, Befürworter wie Gegner profitieren können. Der bekannte amerikanische Politologe und Verfechter einer partizipativen Demokratie, Benjamin Barber, sagte einst: „Der Geschmack an Partizipation kommt mit der Partizipation. Demokratie schafft Demokratie“.

Jörg Radtke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bremen sowie Doktorand an der Universität Siegen. Er ist zudem Mitglied im Forschungsnetzwerk Energiegenossenschaften (www.forschungsnetzwerk-energiegenossenschaften.de). Die Auswertung der Umfrage wurde von der Kellner & Stoll - Stiftung für Klima und Umwelt freundlich unterstützt.

Kontakt: radtke@uni-bremen.de